



Paris: Ermittlungen wegen Polizeigewalt gegenüber chinesischstämmiger Geschäftsfrau eingeleitet

Die Ermittlungen werden von der Generalinspektion der nationalen Polizei durchgeführt, wie die Pariser Staatsanwaltschaft mitteilte.

Die Pariser Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, nachdem eine chinesischstämmige Geschäftsfrau eine Anzeige wegen Gewaltanwendung durch Polizisten bei einem Einsatz erstattet hatte, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete.

Die Ermittlungen betreffen „den Tatbestand der Gewalt durch eine Person, die Träger der öffentlichen Gewalt ist und die zu zwei Tagen Arbeitsunfähigkeit geführt hat“, erklärte die Staatsanwaltschaft. „Wir verstehen nicht, warum die Polizei im Rahmen eines einfachen Handelsstreits so eingreift“, reagierte Yassine Bouzrou, Anwalt der Klägerin, gegenüber der Nachrichtenagentur AFP.

In der von der AFP eingesehenen Klageschrift klagt die Geschäftsführerin einer Pariser Firma erschwerte vorsätzliche Gewalt, Verletzung der persönlichen Freiheit und Diskriminierung durch eine Person, die Trägerin der öffentlichen Gewalt ist, an. Laut ihrer Schilderung waren am 22. Januar vier Polizisten im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Geschäftsführer einer anderen Firma, an die die Klägerin Räumlichkeiten untervermietet hatte, in ihrem Unternehmen erschienen.

Sie behauptet, die vier Polizeibeamten hätten ihr mitgeteilt, „dass sie sich nicht auf dem Gelände dieser Firma aufhalten dürfe und dass sie ‚ohne Papiere‘, also eine Illegale, sei“. Die Klägerin behauptet auch, dass einer Polizisten ihr gesagt habe, dass sie ‚in ihr Land zurückkehren solle‘, wenn sie nicht zufrieden sei, hier zu sein“. Laut der Klageschrift wurde sie dann von einem Polizisten „gewaltsam gepackt“, der sie mit einem „gewaltsamen Armschlüssel“ und „mit den Knien auf dem Boden“ gegen ein Sofa drückte.